

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Arif Taşdelen

Abg. Martin Neumeyer

Abg. Dr. Hans Jürgen Fahn

Abg. Christine Kamm

Abg. Florian Streibl

Staatsministerin Emilia Müller

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

**Gesetzentwurf der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Arif Tasdelen, Franz Schindler u. a. und Fraktion (SPD)  
eines Bayerischen Partizipations- und Integrationsgesetzes und zur Änderung von Rechtsvorschriften zur Verbesserung der Partizipation und Integration von Menschen mit Migrationshintergrund (Drs. 17/5204)**

**- Zweite Lesung -**

Ich eröffne die Aussprache und teile Ihnen mit, dass die Redezeit der Fraktionen 48 Minuten beträgt. Erster Redner ist der Kollege Arif Taşdelen. Bitte schön.

**Arif Taşdelen (SPD):** (Vom Redner nicht autorisiert) Verehrte Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben im Februar letzten Jahres den Entwurf eines Bayerischen Partizipations- und Integrationsgesetzes hier im Hohen Haus eingebracht. Seitdem hat sich einiges getan. Auch die Bayerische Staatsregierung hat jetzt ein Integrationsgesetz für Bayern formuliert, und wir haben seitdem versucht, unser Integrationsgesetz im Dialog zu verändern und dadurch zu ergänzen, dass wir die Herausforderung durch die Flüchtlinge in unseren Gesetzentwurf mit aufnehmen, damit dieses Hohe Haus ein Integrationsgesetz schaffen kann, mit dem alle hier im Bayerischen Landtag vertretenen Fraktionen leben können.

Die CSU-Fraktion hat das etwas anders gesehen, so wie sie in der Vergangenheit die Notwendigkeit eines Integrationsgesetzes nicht gesehen hat. Ich muss ehrlich sagen, wir waren dabei zu überlegen, ob wir unser Integrationsgesetz in den parlamentarischen Betrieb einbringen oder ob wir vielleicht sogar im Dialog mit der CSU, lieber Martin Neumeyer, ein Integrationsgesetz formulieren. Jetzt liegt der Entwurf eines Integrationsgesetzes der Bayerischen Staatsregierung vor. Ich habe ihn am Dienstagabend gelesen und bin zu dem Entschluss gekommen, dass das Integrationsgesetz der Bayerischen Staatsregierung das beste Argument dafür ist, dass wir hier in Bayern ein anständiges Integrationsgesetz brauchen.

(Beifall bei der SPD)

Die CSU und die Bayerische Staatsregierung glauben tatsächlich, dass Integration ausschließlich dadurch gelingen kann, dass man Migrantinnen und Migranten auffordert, sich zu integrieren. Richtig ist, dass wir Migrantinnen und Migranten auffordern müssen, sich zu integrieren. Richtig ist aber auch, dass wir in Bayern durch einseitiges Auffordern keinen einzigen zusätzlichen Sprachkurs, keinen Integrationskurs und keinen zusätzlichen Ausbildungsplatz oder Arbeitsplatz schaffen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das Integrationsgesetz der Bayerischen Staatsregierung wird die Herausforderung einer Integration in unsere Gesellschaft nicht angemessen abbilden. Unser Integrationsgesetz begreift stattdessen Integration als Gemeinschaftsaufgabe. Wir haben in unser Integrationsgesetz viele Aspekte aufgenommen, von denen wir der festen Überzeugung sind, dass wir mit ihnen den Herausforderungen der Integration der nächsten Jahrzehnte gerecht werden können.

Wir fordern einen Landesbeauftragten für Migration und Integration, der unabhängig ist und einmal im Jahr einen Integrationsbericht vorlegt, der auch die Situation im Hinblick auf Diskriminierung darstellt. Dem wird die CSU-Fraktion anschließend sicher entgegen, dass der jetzige Integrationsbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung Martin Neumeyer in der Community anerkannt ist und eine gute Arbeit macht.

(Joachim Unterländer (CSU): So ist es auch!)

– Richtig. Aber stellen Sie sich vor, dass er dann, wenn er könnte, wie er wollte, viel anerkannter wäre.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): So ist es!)

In Ihrem Entwurf, sehr geehrter Herr Huber, steht, dass der Integrationsbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung vom Ministerpräsidenten eingesetzt und abberufen

werden kann, wodurch er keine demokratische Legitimation hat. Martin Neumeyer hat, bevor wir unseren Gesetzentwurf in Erster Lesung eingebracht haben, gesagt, dass wir in Bayern kein Integrationsgesetz brauchen. Ich darf ihn zitieren: Ein Integrationsgesetz löst keine Probleme. Jetzt hat er anscheinend die Notwendigkeit eines Integrationsgesetzes doch eingesehen, nachdem die Bayerische Staatsregierung tätig geworden ist. Das ist der beste Beweis dafür, dass ein Integrationsbeauftragter der Bayerischen Staatsregierung nicht einer Fraktion angehören darf, sondern unabhängig sein muss, damit er uns im Hohen Haus einmal im Jahr einen Spiegel vorhalten und uns aufzeigen kann, wo wir stehen, wohin wir wollen und was wir tun müssen, um dieses Ziel zu erreichen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

"Ein Integrationsgesetz löst keine Probleme", lieber Martin Neumeyer. Vielleicht hast du hellseherische Fähigkeiten und meinstest damit den Gesetzentwurf der Bayerischen Staatsregierung. Tatsächlich löst der Gesetzentwurf der Bayerischen Staatsregierung keine Probleme, sondern schafft zusätzliche Probleme.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen einen Landesbeirat für Migration und Integration und wollen in den Städten und Gemeinden Integrationsbeiräte, die gegenüber dem Kommunalparlament antragsberechtigt sind. Wir wollen einen Landesbeirat für Migration und Integration, der eine feste Zusammensetzung hat und in dem sich Expertinnen und Experten regelmäßig treffen und uns aufzeigen, wohin wir wollen und was wir noch tun müssen, damit wir dorthin kommen.

Die Bayerische Staatsregierung fordert demgegenüber, dass der Landesbeirat für Migration und Integration vom Integrationsbeauftragten der Bayerischen Staatsregierung zu Rate gezogen werden kann, wenn dieser es will, und, wenn er es nicht will, dann nicht. Das wird dieser Aufgabe nicht gerecht.

Wir wollen die interkulturelle Öffnung der Verwaltung. Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Nachdem ich, meine sehr geehrten Damen und Herren, im Februar letzten Jahres unseren Gesetzentwurf vorgestellt und unter anderem die interkulturelle Öffnung der Verwaltung gefordert hatte, hat der Vorsitzende der CSU-Fraktion, Herr Kreuzer, eine Presseerklärung herausgegeben, in die er geschrieben hat, das sei ein Schlag ins Gesicht aller Beschäftigten des Freistaats Bayern. Wenn eine Fraktion fordert, dass sich unsere Verwaltung interkulturell öffnet und die Beschäftigten des Freistaats interkulturell geschult werden sollen oder zumindest die Möglichkeit bekommen sollen, sich interkulturell zu schulen, soll das ein Schlag ins Gesicht der Beschäftigten des Freistaats sein. Mir wurde damit vorgehalten, ich würde den Beschäftigten unterstellen, sie würden mit zweierlei Maß messen. Jetzt lese ich im Entwurf der Bayerischen Staatsregierung auch die interkulturelle Öffnung der Verwaltung.

(Volkmar Halbleib (SPD): Hört, hört!)

Deswegen würde ich mir von Herrn Kreuzer, der gerade nicht anwesend ist, zumindest ein kleines "War nicht so gemeint"

(Volkmar Halbleib (SPD): Eine Entschuldigung!)

und vielleicht sogar eine Entschuldigung erwarten!

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir fordern in unserem Integrationsgesetz die Teilnahme an Gremien und die interkulturelle Öffnung der Verwaltung, und wir definieren die Aufgaben der Bildungseinrichtungen. Wir haben in das Gesetz geschrieben, dass wir mehr Lehrerinnen und Lehrer und mehr Erzieherinnen und Erzieher brauchen. Wir möchten mit unserem Gesetz dafür sorgen, dass unser Bildungssystem für die Mammutaufgaben der Integration zukunftsfähig wird.

Jetzt bitte ich alle Fraktionen, insbesondere die CSU-Fraktion, noch einmal in sich zu gehen; denn wir haben in unser Integrationsgesetz – das stellen Sie fest, wenn Sie

ganz ehrlich sind – ganz tolle Sachen geschrieben. Wir können das natürlich noch ergänzen. Gehen Sie bitte noch einmal in sich, liebe Abgeordnete der CSU, und versuchen Sie, über Ihren Schatten zu springen. Kommen Sie mir aber bitte nicht mit dem Argument, dass wir besser sind als Nordrhein-Westfalen oder sonst ein Land, sondern stellen Sie sich die Frage, wie weit wir wären, wenn Sie nicht überall blockieren würden.

(Beifall bei der SPD)

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Danke schön. – Nächster Redner ist der Herr Kollege Neumeyer.

**Martin Neumeyer (CSU):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Arif, die Arbeit des Integrationsbeauftragten der Bayerischen Staatsregierung erfährt sowohl von der Bevölkerung als auch vom Bayerischen Ministerpräsidenten eine nicht geringe Anerkennung. Die Bekanntheit in der Community ist vorhanden. Ich nehme mir sehr viel Zeit, um mit den Menschen zu sprechen und ihre Sorgen aufzunehmen.

Ich bin mit der gefundenen Lösung zufrieden. Der Integrationsbeauftragte ist in der Bayerischen Staatskanzlei angesiedelt worden. Der Aufgabenumfang hat sich ausgeweitet. Zudem steht mehr Personal zur Verfügung. Das ist ein Zeichen, wie wichtig dem Freistaat Bayern Integration ist.

Natürlich gilt auch für diesen Bereich die Feststellung: Es gibt Vorhaben, die umsetzbar sind, und es gibt Vorhaben, die zwar wünschenswert, aber nicht umsetzbar sind. Am vergangenen Freitag habe ich bei einem Imbiss in Abensberg eine Currywurst gegessen. Ein SPD-Mitglied und Gewerkschafter – Kollegin Werner-Muggendorfer kennt ihn; Egide heißt er mit Vornamen – ist zu mir gekommen und hat gesagt: Ihr Politiker müsst aufpassen und zuhören, was die Menschen wollen!

Ich stelle fest: Die Bevölkerung hat keine Geduld mehr. Wir als Politiker haben keine Zeit mehr.

(Beifall bei der CSU)

Die Menschen wollen Fakten statt Debatten. Morgen wird es genau ein Jahr her sein, dass wir über den Entwurf der SPD für ein Integrationsgesetz gesprochen haben. Die Fraktion der GRÜNEN und die Fraktion der SPD haben immer wieder Vorschläge zu diesem Thema in das Parlament eingebracht und auf entsprechende Eingaben der Bürger aufmerksam gemacht. Dabei wurde auch auf das Berliner Gesetz verwiesen. Ich muss allerdings ganz ehrlich sagen: Wenn ich mir die Ergebnisse der Integrationsbemühungen Berlins anschau, stelle ich fest, dass es dort trotz Gesetz ganz anders – nämlich schlechter – aussieht als in Bayern. Das Einzige, was vergleichbar ist, ist der Anfangsbuchstabe "B" von Bayern und Berlin.

Das Gesetz aus Nordrhein-Westfalen ähnelt dem Entwurf, den mein Vorredner vorgestellt hat. Darin sind viele Punkte nicht berücksichtigt, die in Bayern schon umgesetzt sind. Dies ist ein Grund, warum wir den Gesetzentwurf der SPD-Fraktion ablehnen werden. Das ist für Sie sicherlich keine Überraschung; denn wir orientieren uns an unserem Abstimmungsverhalten in den Ausschüssen.

Vor einem Jahr habe ich mich auf die inhaltlichen Aspekte des Entwurfs konzentriert. Heute mache ich das nur am Rande, da sich die Situation insgesamt – für die Flüchtlinge und für uns – gewaltig geändert hat. Deutschland steht im Zentrum der weltweiten Öffentlichkeit. Wenn man die aktuellen Zeitungen liest, weiß man, dass die Flüchtlingssituation heute eine ganz andere ist als zur Zeit des Eingangs des Gesetzentwurfs.

Griechenland stempelt "Last Destination: Germany", um die eigene Politik durchzuziehen. – Im Jahr 2015 gab es so viele Flüchtlinge wie in den letzten 60 Jahren davor nicht. Sie kommen aus dem Nahen Osten, vor allem aus Syrien, und aus Afrika, insbesondere aus Nordafrika. Angesichts dessen stellt sich die Frage, wie es weitergeht.

Anfang dieses Jahres haben wir bei uns dreimal so viele Flüchtlinge verzeichnet wie im Vorjahreszeitraum; das ist eine völlig neue Dimension. In der Debatte vor einem Jahr sind wir von 400.000 Flüchtlingen ausgegangen. Im Juli waren es 800.000, im Oktober schon 1,1 Millionen. Zählen wir die unregistrierten Flüchtlinge hinzu, sind es 1,6 oder 1,7 Millionen. Das sind völlig andere Zahlen als die, die wir damals erwartet hatten.

Weder Deutschland noch Europa allein kann eine Lösung finden. Wir brauchen die Weltgesellschaft. Das Leid der Menschen berührt uns alle; insoweit gibt es keinen Unterschied. Man kann in diesem Zusammenhang nicht sagen, auf der einen Seite gebe es die Guten, auf der anderen Seite die Schlechten oder Bösen. Es ist notwendig, die großartigen Leistungen zu würdigen, die unsere deutsche Bevölkerung, unsere Menschen für die Bewältigung der Herausforderungen erbringen. Diese Menschen bringen im wahrsten Sinne des Wortes Licht ins Dunkel. An dieser Stelle sage ich auch, dass ein Gesetz kein Allheilmittel ist. Manchmal bringt Hilfe, die unmittelbar von den Menschen geleistet wird, mehr als staatliches Handeln.

Wir wissen, dass der momentane Zustand kein Dauerzustand sein kann. Wir wissen aber auch, dass wir uns verändern, dass unsere Gesellschaft sich verändert. Dennoch dürfen wir nicht vergessen, dass die Menschen innere Sicherheit wollen. Wir brauchen Rahmenbedingungen für das Zusammenleben von Einheimischen und Zuwanderern. Wir brauchen Leitlinien – diese sind im Gesetzentwurf der Bayerischen Staatsregierung formuliert – und Leitplanken. Wir brauchen vor allem eine Leitkultur. Die Türkei hat eine Leitkultur, Schottland hat eine Leitkultur – wir brauchen sie auch bei uns. Dies ist notwendig, wenn viele Kulturen zusammenkommen. Alle müssen sich an gemeinsamen Grundprinzipien orientieren können.

Ich vielen Veranstaltungen zum Thema Integration höre ich, dass Menschen fragen: In was soll ich mich integrieren? Was ist euer Angebot? – Deshalb ist es entscheidend, was wir in das Integrationsgesetz schreiben.

Die Bayerische Staatsregierung hat mit ihrem Vorschlag den richtigen Weg eingeschlagen. Man kann über alles diskutieren. Auch die Mitglieder des Bayerischen Integrationsrats waren eingeladen, an den Gesprächen über dieses Thema teilzunehmen.

Arif, ich kenne natürlich deinen Vorschlag, einen "Unabhängigen Landesbeauftragten" zu schaffen. Ich bin vom Ministerpräsidenten ernannt worden und bin in meiner Funktion unabhängig.

(Lachen des Abgeordneten Arif Taşdelen (SPD))

– Es ist so. Ich kann beurteilen, ob ich unabhängig bin oder nicht.

Unser Bayerischer Integrationsrat leistet keine schlechte Arbeit. Die Aktivitäten müssen ausgeweitet werden; insoweit gebe ich dir vollkommen Recht. Es ist allerdings fraglich, ob wir entsprechende Gremien in allen Städten einrichten sollen. Die SPD hat ihre ursprüngliche Forderung relativiert und, bezogen auf die Grenze von 20.000 Einwohnern, die Muss-Vorschrift in eine Soll-Vorschrift umgewandelt. Das ist ein guter Weg.

Bei all diesen Forderungen müssen wir daran denken, dass wir für die Umsetzung auch Geld brauchen. Das Geld ist endlich. Daher können wir nicht alles fördern und umsetzen. Dessen ungeachtet kann ich feststellen, dass in dem bayerischen Integrationssystem bereits viel Geld vorhanden ist. Ich verweise nur auf die zusätzlichen 1.200 Lehrerplätze. Wir weiten den Wohnungsbau aus. Dieses Thema hat sogar Gesetzesrang erhalten. Damit stellen wir uns einer wichtigen Herausforderung für das Zusammenleben in unserem Land und eröffnen Chancen. Wenn der Wohnungsbau nicht funktioniert, dann wird manches Problem auftauchen, das wir noch nicht ahnen.

In dem Gesetzentwurf der SPD wird auch das Bestattungswesen geregelt, insbesondere die Bestattungspflicht. Drei Bundesländer haben abweichende Regelungen erlassen. Wenn entsprechende Änderungen in Partei und Fraktion nicht durchsetzbar sind, dann ist es halt so. Wenn im Landtag eine Mehrheit nicht zu finden ist, dann müssen

wir das zur Kenntnis nehmen und die Diskussion fortsetzen. Wir können nicht alle Wünsche auf einmal erfüllen. Ich meine aber, dass wir im Freistaat Bayern schon viele notwendige Angebote vorhalten. Dass wir mehr Lehrer einstellen, habe ich schon erwähnt. Wir haben zudem an den Schulen Islamunterricht, der funktioniert. Das kommunale Wahlrecht für Ausländer ist bei uns bereits geregelt. Weitere Änderungen, wie von der SPD vorgeschlagen, brauchen wir nicht. Es ist nicht notwendig, alles zu verändern. Aber wir müssen beobachten, was passiert.

Es bleibt dabei: Ein Gesetz ist kein Allheilmittel. Schauen wir nach Köln: Auch mit Gesetz ist es dort zu den bekannten Vorfällen gekommen.

Wir in Bayern investieren in den hauptamtlichen Bereich, und wir fördern viele Personalstellen im ehrenamtlichen Bereich. Wir investieren viel in Vereine, Verbände und die Staatsverwaltung. Vor anderen Bundesländern brauchen wir uns jedenfalls nicht zu verstecken.

(Beifall bei der CSU)

Wir dürfen nicht vergessen, dass wir es ohne den Einsatz der Menschen sowieso nicht schaffen. Dabei müssen wir im Blick haben, dass auch außerhalb der Flüchtlingsarbeit viel im Ehrenamt geleistet wird. Vor allem der Pflegebereich profitiert von ehrenamtlichem Engagement. Wir dürfen nicht einseitig denken; das ist uns wichtig. All diese Menschen arbeiten Tag für Tag an der stetigen Verbesserung des Systems.

Die Kritik an dem Vorschlag der SPD zu den Beiräten habe ich schon angebracht. Der Vorschlag ist mittlerweile relativiert worden. Jeder Beirat verursacht Bürokratie. Die Menschen wollen keine Debatten und keine Bürokratiemonster, sondern Fakten. Wir wissen, wie schwierig es mit der Bürokratie in Deutschland ist; sie ist nur schwer zu bewältigen. Denken wir nur daran, welche Dimension, welche Funktionen und welche Probleme das BAMF, eine riesige Behörde, hat. Es ist wichtig, nicht im unteren Bereich weitere Bürokratie aufzubauen.

Die Bayerische Staatsregierung hat ein Integrationsgesetz formuliert. Der Bayerische Integrationsrat war dabei, als es um die Eckpunkte ging. Lieber Marcel Huber, das war mit Sicherheit keine einfache, sondern eine spannende Diskussion. In den Gesprächen habe ich bemerkt, dass die Bedeutung der Prinzipien "Fordern und Fördern" bzw. "Fördern und Fordern" – einmal so, einmal so – bei allen angekommen ist. Wenn wir vor einem Jahr oder vor zwei Jahren darauf verwiesen hätten, hätten wir noch Prügel bezogen. Mittlerweile ist angekommen, dass wir beides brauchen, Fördern und Fordern; sonst funktioniert alles andere nicht. Das Bayerische Integrationsgesetz berücksichtigt das.

Ich sage Ihnen noch etwas: Ich nehme fast täglich an einer Veranstaltung zum Thema Integration teil. Dort weise ich darauf hin, dass neben der eigentlichen Integration auch Ursachenbekämpfung und Verteilung wichtige Aufgaben sind. Wenn es um das Thema Integration geht, sagen viele: Das braucht es nicht. – So, wie wir hier über dieses Thema debattieren, ist es in der Bevölkerung noch nicht angekommen.

In der aktuellen Situation haben wir die Chance, auf die Bedeutung der Integration deutlich hinzuweisen. Integration betrifft diejenigen, die mit einem Status nach der Genfer Flüchtlingskonvention bei uns sind, und diejenigen, die eine Bleibeperspektive haben. Die Angebote müssen die Bereiche Sprache, Bildung, Arbeit, Sport – das sind nur Beispiele – umfassen. Aber manche lehnen nicht nur einzelne Punkte, sondern das Integrationskonzept insgesamt ab. Sie sagen, das brauche es nicht. Insoweit haben wir Überzeugungsarbeit zu leisten.

Ein Gesetz reicht übrigens nicht aus, um eine Gesellschaft zusammenzuhalten. Wir brauchen zusätzlich die Wertedebatte. Wenn wir die Chance, diese Debatte jetzt zu führen, nicht nutzen, dann haben wir verloren. Ich meine das ganz ernst. Voraussetzung ist die Akzeptanz grundlegender Prinzipien und Werte wie Freiheitssinn, Demokratie, Solidarität, Zivilcourage, Rechtsstaat und Friedensliebe. Wir brauchen eine offene, demokratische Diskussionskultur, eine ehrliche Streitkultur. Wir dürfen jemanden, der anderer Meinung ist, nicht sofort in eine bestimmte Schublade stecken, um nicht

hören zu müssen, was er zu sagen hat. Es ist wichtig, dass wir gemeinsam das Ziel der Integration formulieren und es anstreben. Ich wiederhole: Wir müssen die Chance nutzen, jetzt in diesem Land die Debatte über unsere Werte zu führen und darüber, wie sie auch in Zukunft unsere Leitprinzipien sein können. Anscheinend haben einige schon vergessen, wie wertvoll unsere Werte sind und dass deren Geltung nicht selbstverständlich ist.

Diese Chance müssen wir nutzen. Die Menschen, die zu uns kommen, sind eine weit- aus größere Herausforderung, als wir sie in früheren Zeiten hatten. Wir wissen nicht, was heuer passiert. Die Menschen, die zu uns in hoher Anzahl kommen, sind Anal- phabeten, Menschen mit einer anderen kulturellen Prägung, einer anderen religiösen Ausrichtung, einer anderen Wertevorstellung, anderer Ethnien und haben ein anderes Verständnis vom Umgang mit Frauen. Bei dieser großen Herausforderung müssen wir gemeinsam an einem Strang ziehen und schauen, dass wir es für Deutschland und für die Menschen schaffen.

Ich habe vorher gesagt, dass ich morgen vor einer Woche beim Currywurst-Essen war. Ich gehe wieder zum Currywurst-Essen, weil man da erfährt, was die Leute den- ken, und das ist für die Politik wichtig.

(Beifall bei der CSU)

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Danke schön. – Bevor der nächste Redner, Herr Dr. Fahn, zum Rednerpult geht, gebe ich bekannt, dass die SPD-Fraktion zu diesem Gesetzentwurf namentliche Abstimmung beantragt hat. Also, die Uhr läuft sozusagen. – Bitte schön, Herr Dr. Fahn.

**Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER):** (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsi- dentin, meine Damen und Herren! Mich hat bei der ganzen Diskussion gewundert, dass von Herrn Neumeyer nicht nur zum Gesetzentwurf der SPD, sondern auch zum Gesetzentwurf der Staatsregierung, der seit Dienstag vorliegt, eigentlich sehr wenig

gesagt wurde. Ich versuche aber, mich auf den Gesetzentwurf der SPD zu beschränken.

Herr Neumeyer, ich muss trotzdem einen Satz zu Ihnen sagen. Sie haben geäußert, der Gesetzentwurf der Staatsregierung sei gut und richtig. Der Integrationsrat sei angehört worden. Ich weiß aber, dass dabei maximal 20 Personen anwesend waren. Ein Protokoll dazu gibt es nicht. Herr Taşdelen hat gesagt, die CSU solle noch mal in sich gehen. Das würde ich unterstützen. Deswegen haben wir heute einen Dringlichkeitsantrag für eine parlamentarische Anhörung zu diesem Thema gestellt; denn es ist uns ganz wichtig, dass die Experten in den Landtag kommen und wir ihnen Fragen stellen können. Das ist viel besser und wichtiger als eine einfache Anhörung, bei der Abgeordnete gar nicht dabei sein können, oder eine Anhörung der Verbände, die ohnehin nur schriftlich erfolgt. Ich sage das hierzu vielleicht als kleiner Einstieg.

Es ist klar: Die CSU hat das Integrationsgesetz immer abgelehnt. Herr Neumeyer hat ein solches Gesetz bereits am 17.05.2013 gefordert. Aber dann hat die CSU eine Arbeitsgruppe bzw. einen Arbeitskreis eingerichtet nach dem Motto: Wenn man nicht weiß, wie es weitergeht, wird ein Arbeitskreis gegründet. Dann hat die SPD ihren Gesetzentwurf eingebracht. Das finde ich ausdrücklich lobenswert, weil der Gesetzentwurf der SPD Bewegung in die ganze Diskussion gebracht und dazu geführt hat, dass die Staatsregierung mit einem Gesetzentwurf nachgezogen hat.

Für uns ist auch wichtig: Integration ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die wir nur parteiübergreifend lösen können. Ich sage das nachher noch mal, weil wir bei diesem Gesetzentwurf der Staatsregierung das Gefühl haben, dass das Parteiübergreifende leider nicht mehr gewollt ist.

(Zuruf von der CSU)

– Herr Huber, wir hatten das Gespräch in der Staatskanzlei, und da waren alle Parteien dabei. Aber dann – das Gespräch war zu Ende, wir waren eigentlich ganz optimistisch – haben Sie die Pressemitteilung herausgegeben, dass kein zweites Gespräch

stattfinden wird. Das fanden wir insgesamt nicht gut. Ich sage nach wie vor: Integration ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die man nur parteiübergreifend lösen kann. Ich muss klar sagen: Das wäre eigentlich die große Chance gewesen, die wir leider nicht genutzt haben.

Trotzdem können wir dem Gesetzentwurf der SPD aus verschiedenen Gründen nicht zustimmen. Ich möchte folgende wichtige Punkte nennen: Bei der Integration müssen die Kommunen eine zentrale Rolle spielen. Das ist für uns ganz wichtig; denn wir sagen: Der Integrationsprozess gelingt oder misslingt an der Basis. Das sind die Gemeinden, die Städte und die Landkreise. Die Kommunen müssen bei der Integration die Schlüsselstelle einnehmen. Das kommt in diesem Gesetzentwurf nicht sehr deutlich zum Ausdruck. Dabei müsste es gerade aufgrund des demografischen Wandels von den Kommunen ausgehende Integrationskonzepte geben, ähnlich wie bei den seniorenpolitischen Gesamtkonzepten, die auch von unten nach oben kamen.

Ich habe mit großer Freude registriert, dass die SPD auch einen Dringlichkeitsantrag eingebracht hat, in dem es konkret um die Kommunen geht. Diesen Antrag begrüßen wir natürlich. Aber dieses Anliegen ist im Gesetzentwurf nicht so deutlich enthalten.

Ein weiterer Punkt ist – wie wir auch bei den anderen Gesetzentwürfen feststellen –, dass von der SPD und den GRÜNEN immer neue Strukturen gefordert werden. Wir FREIE WÄHLER sagen: Statt neue Strukturen zu schaffen, ist es erst einmal wichtig, vorhandene Strukturen zu stärken bzw. auszubauen. Das ist ein ganz wichtiger Punkt; denn vonseiten der SPD werden ein Landesbeirat und in den Landkreisen entsprechende Beiräte gefordert. Ein Landesbeirat kann sinnvoll und nützlich sein. Aber wir haben den Integrationsrat, der – das hat Herr Neumeyer auch gesagt – gut ist, aber verbessert werden muss. Das wollen wir auch klar optimiert haben. Wir fordern aber auch: Der Landesbeirat muss bessere Strukturen haben und sich häufiger treffen. Auch das sehen wir im Gesetzentwurf nicht umfassend enthalten. Dazu werden wir einige Anträge stellen. Nach dem Gesetzentwurf der SPD hätte man jetzt eine Doppel-

struktur: neue Beiräte und den vorhandenen Integrationsrat. Diese Doppelstruktur bedeutet für uns Bürokratie und ist deshalb abzulehnen.

Auch bei der Partizipation gibt es Unterschiede. Unionsbürger sollen auch das Amt des Bürgermeisters und des Landrats bekleiden können. Wir FREIE WÄHLER sagen: Gemeinde- oder Kreisräte ja – Bürgermeister und Landräte nein.

Ich will mich jetzt kurz fassen, weil auch mein Kollege Florian Streibl hierzu konkrete Ergänzungen bringen möchte. Es gibt auch Gemeinsamkeiten; viele Punkte des Gesetzentwurfs werden von uns begrüßt, zum Beispiel ausdrücklich die Forderung nach einem Landesbeauftragten, der vom Landtag bestellt wird – dazu haben wir einen Antrag gestellt –, und die Forderung, für die Integration, die Geld kostet, Finanzmittel bereitzustellen. Auch das ist wichtig; das steht in Ihrem Artikel 13. Auch wir sagen: Wir brauchen Finanzmittel, damit die Integration gelingt. Auch da heißt es: Ohne Moos nichts los.

Letzter Punkt: Beim Thema Integration bezieht sich Herr Neumeyer nicht nur auf Flüchtlinge, sondern auch auf viele weitere Menschen, die zu uns kommen. Deshalb ist es wichtig, ein Integrationsgesetz in einen größeren Zusammenhang zu stellen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Danke schön. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Kamm.

**Christine Kamm (GRÜNE):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir sprechen heute über den Entwurf der SPD-Fraktion für ein Bayerisches Partizipations- und Integrationsgesetz. Dieser Gesetzentwurf reiht sich in eine Reihe von Vorstößen der Opposition im Bayerischen Landtag ein, die auf eine Verbesserung der Partizipation und Integration von Menschen mit Migrationshintergrund abzielten, aber in der Vergangenheit von der CSU bedauerlicherweise jeweils ohne tiefere, eingehende Auseinandersetzung abgelehnt worden sind. So erging es in der

letzten und vorletzten Legislaturperiode leider auch den Gesetzentwürfen der GRÜNEN für ein Partizipations- und Integrationsgesetz.

Es stellt sich die Frage: Brauchen wir ein Integrationsgesetz? Wozu brauchen wir es? Integration funktionierte in der Vergangenheit in vielen Fällen auch ohne ein solches Gesetz. Nach 10 Millionen Heimatvertriebenen kamen ab 1949 4,5 Millionen Flüchtlinge aus der DDR, ab 1960 14 Millionen Gastarbeiter, 1989 1,2 Millionen Menschen angesichts der Wiedervereinigung, über 2 Millionen Menschen während des Balkankriegs und zusätzlich 4,5 Millionen Spätaussiedler. Im letzten Jahr kamen, Herr Kollege Neumeyer, 780.000 Asylsuchende. Die Bundesregierung geht davon aus, dass bis 2020 insgesamt 3 bis 4 Millionen Asylsuchende zu uns kommen werden.

Wir gehen davon aus, dass aufgrund der Not, die derzeit in den Kriegsgebieten herrscht, europäische und internationale Hilfe gebraucht wird. Deutschland kann zu dieser Hilfe einen wichtigen Beitrag leisten. Die Grenzzäune mindern die Not der Menschen jedenfalls nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In der Vergangenheit ist die Integration der Menschen, die zu uns gekommen sind, vielfach gelungen. Sie hätte in vielen Fällen aber auch leichter, schneller und erfolgreicher verlaufen können. Noch immer dauert die Integration viel zu lange, beispielsweise bis Asylsuchende hier einen Sprachkurs bekommen, bis Asylsuchende Zugang zu ergänzenden Berufsqualifizierungskursen bekommen und bis Arbeitsplätze und Wohnungen gefunden werden. Zudem würde es unserer Gesellschaft und unseren Migrantinnen und Migranten guttun, wenn die Teilhabe- und Mitwirkungsmöglichkeiten verbessert werden würden und Migrantinnen und Migranten ihr Potenzial, ihre Kenntnisse aktiver und besser in unsere Gesellschaft einbringen könnten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein Integrationsgesetz, das wir wollen, soll daher mehr Klarheit und Rechtssicherheit schaffen, soll die Verwaltung interkulturell öffnen – die Städte in Bayern sind da weit voraus –, soll die Aufgaben des Staates und seiner Einrichtungen definieren und regeln, bestehende Bürokratiehemmnisse abbauen, wie beispielsweise die Vorrangprüfung, und soll einen Rechtsanspruch und passgenaue Integrationsangebote für die Asylsuchenden definieren.

Wir brauchen eine Erleichterung und Beschleunigung bei Qualifikation und Berufsfindung. Wir brauchen einen gesicherten Aufenthaltsstatus während Ausbildung und ergänzender Berufsjahre. Wir brauchen eine bessere finanzielle Unterstützung derer, die bisher den Löwenanteil der Integration leisten. Das sind vor allem die Kommunen, Ehrenamtliche, die Wohlfahrtsverbände, die Vereine, die Kirchen, die Gewerkschaften und die Initiativen. Wir wollen deren Stärkung. Wir fordern daher die staatliche Förderung von Integrationszentren in jedem Landkreis und in jeder kreisfreien Stadt, damit Migrantinnen und Migranten, Flüchtlinge, Helferinnen und Helfer, Wohlfahrtsverbände, Kommunen, Unternehmen und Initiativen einen Ansprechpartner für die vielfältigen Initiativen der Integration vor Ort haben; denn vor Ort ist der Löwenanteil der Arbeit zu leisten und wird auch derzeit schon geleistet.

In diesem Sinn würden wir uns eine Ergänzung des SPD-Gesetzentwurfs wünschen, dessen Zielrichtung wir aber sehr begrüßen und unterstützen. Wir wünschen uns aber auch eine Klärung der Zuständigkeiten und der Kompetenzen in der Bayerischen Staatsregierung. Es geht nicht länger an, meine Kolleginnen und Kollegen, dass die Aufgaben zwischen Sozialministerium, Integrationsbeauftragtem, Innenministerium und Staatskanzlei stets hin- und hergeschoben werden, unabgestimmt gehandelt wird und widersprüchlich zulasten derer agiert wird, die auf die Hilfe des Staates angewiesen sind.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Florian Herrmann (CSU))

– Aber ja; da kann ich gute Beispiele nennen. Es wäre wirklich gut, wenn das Gegen-  
einander beendet würde.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Hin und Her der unterschiedlichen Behörden ist eine Last für die Asylsuchenden  
und für die Ehrenamtlichen. Auch Unternehmensverbände würden es zu schätzen  
wissen, wenn zielgerichteter gehandelt werden würde.

Wir wollen, dass alle bei der Aufgabe der Integration mit anpacken oder zumindest  
nicht im Wege stehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir fordern daher ein eigenes Integrationsministerium, das Integration verantwortlich  
vorantreibt und nicht nur lächelt.

Sie von der Bayerischen Staatsregierung haben nun im Kabinett ein Gesetz vorgelegt,  
das den Namen "Integrationsgesetz" nicht verdient, das ausschließt, anstatt einzu-  
schließen, das keine Partizipationsrechte und Leistungsansprüche definiert, sondern  
Asylsuchende mit einer Vielzahl von Auflagen und Sanktionsmöglichkeiten belegt und  
von Teilhaberechten ausschließt. Durch dieses von Ihnen mit diesem Entwurf ange-  
strebte Sondergesetz für die spezielle Gruppe der nicht freizügigkeitsberechtigten  
Ausländer würden Sie Migrantinnen und Migranten stigmatisieren statt integrieren,  
würden Sie die verfassungsmäßige Ordnung unterlaufen, würden Sie an verschiede-  
nen Stellen rechtswidrige Vorschriften erlassen und würden Sie gegen die Kompe-  
tenzordnung des Grundgesetzes verstoßen – und das alles nur, um Ihre fragwürdige  
Ideologie der Leitkultur in einem Gesetz fortzuführen.

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Das sagen die Vertreter der Multikulti-Ideologie!  
Guten Morgen!)

– Ich glaube, dies ist ein Zwischenruf von jemandem, der Ideologie vorantreiben möchte.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von der CSU: Das ist unverschämt!)

– Das hat Herr Kollege Herrmann unterstellt, meine Kollegin.

(Zuruf von der CSU: Bei dem, was Sie gerade sagen, wundert mich das nicht!)

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Keine Dialoge, bitte.

**Christine Kamm (GRÜNE):** Wir werden das bei der Beratung sehen. Ich möchte Sie ermuntern: Packen wir Integration an, zusammen mit den vielen Aktiven in unserer Gesellschaft, mit den Kommunen, den Initiativen, den Unternehmen und den Ehrenamtlichen, die Integration in dieser Gesellschaft vorantreiben wollen. Gehen wir diese Aufgabe an, und stellen Sie sich dieser Aufgabe nicht in den Weg.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Danke schön. – Nächster Redner ist Herr Kollege Streibl.

**Florian Streibl (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Es geht um die Partizipation und die Teilhabe jener Menschen, die zu uns kommen und bei uns leben. Vorher ist schon wieder der Begriff "Leitkultur" gefallen. Ich meine, dass dieser Begriff zu hinterfragen ist. Ich würde lieber von einer Wertebasis sprechen, auf die wir uns verständigen können;

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der GRÜNEN)

denn mit der Leitkultur gibt es das Problem, dass zwar der Mensch von Natur aus ein Kulturwesen ist, sich Kultur und Identität verschafft, wir aber darauf achten müssen, dass wir an der Kultur der Anderen nicht schuldig werden, dass wir die Kultur der Anderen respektieren und ihr auch respektabel entgegentreten.

Auf die Wertebasis, die etwas Gemeinsames darstellt, können wir uns auch verständigen. Das ist die Basis, auf der unsere Gesellschaft fußt. Im Grunde sind das die Menschenrechte, die Grundrechte; das sind unsere Rechte oder Werte wie die Gleichheit, die Freiheit oder die Toleranz. Ich meine, da müssen wir ansetzen, insbesondere bei der Toleranz. Voltaire sagt zum Beispiel, dass Toleranz die Menschlichkeit, die Mitmenschlichkeit schlechthin ist. Toleranz ist das Verzeihen der gegenseitigen Dummheit. Wenn wir etwas lockerer miteinander umgehen und unsere gegenseitigen Dummheiten mit einem Schmunzeln verzeihen können, können wir auch toleranter sein und toleranter miteinander umgehen.

Ich meine daher, dass wir es schon wagen sollten, eine Wertediskussion zu führen. Daran würden wir sehen, dass auch die Einigkeit ein großer Wert in unserer Gesellschaft ist, die Einigkeit, die uns zusammenführt und zusammenhält, egal welche Kultur man hat und welche Kultur man in sich trägt. Die Kultur trennt uns ja schon innerhalb Bayerns. Hier im Hause möchte man manchmal meinen, dass schon zwischen Oberbayern und Franken ein fast unüberwindlicher Graben liegt. Deshalb sollten wir uns auf unsere gemeinsamen Werte verständigen und diese pflegen, sie aber auch einfordern; denn Menschenrechte sind auch Menschenpflichten, die wir uns gegenseitig schulden. Das beste Grundgerüst für den Frieden und die Verträglichkeit innerhalb einer Gesellschaft ist das Besinnen auf unsere Menschenrechte, sie zu leben, einzufordern und zu verwirklichen.

Ich meine, in diesem Sinne sollten wir einen solchen Gesetzentwurf angehen und erarbeiten. Dies muss auch in einen solchen Gesetzentwurf. Diesbezüglich – das muss ich leider sagen – springt der Gesetzentwurf der SPD etwas zu kurz. Man merkt, dass er in einer Zeit geschrieben wurde, in der die jetzige Situation noch nicht berücksichtigt werden musste. Die jetzige Situation lehrt uns im Grunde Integration. Wenn Hunderttausende von Menschen nach Bayern und nach Deutschland kommen, dann sind wir gefordert, eine gelingende Integration zu schaffen; denn ich möchte mir nicht vorstellen, wie unser Land aussehen würde, wenn diese Integration nicht gelingt. Bayern

war und ist schon immer ein integrationsfreudiges Land gewesen. Im Herzen Europas bleibt einem auch nichts anderes übrig. Über 500 Jahre als römische Provinz haben sich hier eingeprägt wie auch Schweden oder Franzosen, die hier durchmarschiert sind. Daher, meine ich, kann man das, was ansteht, schaffen, wenn wir es richtig anpacken.

Unser großer Appell an das Hohe Haus lautet: Lasst uns gemeinsam an diesem Gesetz arbeiten. Liebe Staatsregierung, nehmen Sie bitte den Dialog mit den Oppositionsfractionen wieder auf, damit wir unsere Ideen einbringen können. Dann können wir es vielleicht schaffen, gemeinsam einen großen Wurf zu landen, der als Zeichen dieses Hauses, das dann ins Land hinausgeht, gesehen wird. Damit könnten wir zeigen, dass wir alle im Land mitnehmen wollen. Das wäre die große Bitte, hier nicht im kleinen Parteiengozänk unterzugehen, sondern zu versuchen, gemeinsam etwas zu machen. Ich bitte die Staatsregierung: Lassen Sie uns das gemeinsam machen. Nehmen Sie den Dialog wieder auf! – Danke schön.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Taşdelen.

**Arif Taşdelen (SPD):** (Vom Redner nicht autorisiert) Herzlichen Dank, Frau Präsidentin! – Lieber Martin Neumeyer, bei deinem Currywurst-Gespräch wurde dir gesagt, dass die Menschen keine Geduld mehr hätten. Sie wollten Fakten, keine Debatten. Lieber Martin, ich bin in den 1980er-Jahren als Gastarbeiterkind nach Deutschland gekommen. Mein Schulweg ging an vielen Mauern und Wänden vorbei, an denen fast überall "Ausländer raus" etc. stand.

Wir haben den Fall Mehmet hier im Bayerischen Landtag monatelang diskutiert. Der damalige Innenminister hat diesen Fall aufgebauscht. Der damalige CSU-Generalsekretär und heutige Finanzminister hat die Minarett-Diskussion und die Kruzifix-Diskussion monatelang geführt. Neuerdings hat er eine Feier anlässlich zehn Jahre ausgegli-

chener Haushalt angekündigt, anstatt einen Gedenktag für die zehn Milliarden Euro einzulegen, die bei der BayernLB versenkt wurden.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN – Zuruf von der SPD: Bravo!)

Es gab eine Unterschriftenaktion von Stoiber, bei der Menschen ins Rathaus gekommen sind und gefragt haben, wo sie gegen Ausländer unterschreiben können, und eine Ausländermaut von Dobrindt, zu der mir Menschen im Wahlkampf gesagt haben, sie fänden es richtig, dass ich Maut zahlen müsse. Ich habe gesagt: Ich muss doch keine Maut zahlen. Die Antwort war: Natürlich müssen Sie Maut zahlen, Sie sind doch Ausländer. – Wir haben hier im Bayerischen Landtag Debatten genug geführt. Das reicht tatsächlich. Jetzt müssen wir endlich mal handeln.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Was ist die Frage? Was ist euer Angebot, lieber Martin Neumeyer, liebe Bayerische Staatsregierung? – Das Angebot kann doch nicht ernsthaft lauten, dass die Bayerische Staatsregierung ein Keulengesetz formuliert und zeitgleich der Integrationsbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung zur Besänftigung bei Migrantinnen und Migranten zum Currywurst-Essen geht. Das geht nicht.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von der CSU)

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Bitte bleiben Sie am Rednerpult. – Herr Taşdelen, bitte gehen Sie noch einmal zum Rednerpult. Wir haben eine Zwischenbemerkung des Kollegen Neumeyer.

**Martin Neumeyer (CSU):** Lieber Arif, manchmal wäre es besser, nichts mehr zu sagen.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Genau! Das gilt auch für Zwischenfragen!)

Ich muss ganz ehrlich sagen: Dieses "Ausländer raus" ist kein Titel der CSU gewesen. Ich habe das nur bei rechten Parteien gehört und gelesen, aber nicht bei der CSU. Ich wäre da sehr vorsichtig, das so eindeutig festzulegen.

Das Nächste ist: Ich habe den Zusammenhang mit Mehmet nicht ganz verstanden. Dieser junge Mann hat viele Vergehen begangen und ist strafrechtlich verfolgt worden. Was es daran zu kritisieren gibt, verstehe ich nicht. Ich verstehe auch nicht, wieso du Moschee und Muezzin in Zusammenhang mit dieser Diskussion bringst. Das entzieht sich meinem Wissen.

Es gab nie eine Unterschriftenaktion gegen Ausländer. Das war die Aktion zur doppelten Staatsbürgerschaft. Das ist etwas ganz anderes. Zur Demokratie gehört, dass sich manche für die doppelte Staatsbürgerschaft aussprechen und manche dagegen. Das ist eine Entscheidung. Das ist doch die Riesenchance, wie ich vorher zu erklären versucht habe, dass man miteinander ins Gespräch kommt.

(Zuruf der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

Aber wir müssen eine Streitkultur finden, eine diskussionsoffene Streitkultur, die uns etwas bringt. Uns bringt so etwas ganz ehrlich nichts. Ich esse gern Currywurst und rede gern mit den Menschen. Ich esse genauso gern Döner. Ich nehme das alles auf. Ich weiß, dass unterschiedliche Meinungen existieren. In dieser Situation über ein Gesetz der Staatsregierung zu diskutieren, darin liegt die Chance. Auch über einen SPD-Gesetzentwurf kann und muss man diskutieren. Aber die Entscheidung fällt jetzt, wenn wir über Werte diskutieren. Das ist die Basis für das zukünftige Zusammenleben.

(Beifall bei der CSU)

**Arif Taşdelen (SPD):** (Vom Redner nicht autorisiert) Kollege Martin Neumeyer, ich versuche, das jetzt mal zu erklären. Ich komme zuerst zu dem Migranten, von dem du erzählt hast, der gesagt hat, wir haben keine Geduld mehr, Menschen wollen Fakten

und keine Debatten. Ich habe lediglich dargelegt, dass diese Debatten hier im Hohen Haus – damals war ich nicht Mitglied dieses Hohen Hauses – monatelang geführt wurden. Warum debattiert man monatelang über einen straffällig gewordenen Jugendlichen im Hinblick auf das Integrationsverhalten oder im Hinblick auf alle Migrantinnen und Migranten in Bayern?

(Martin Neumeyer (CSU): Das stimmt nicht!)

Wenn jemand straffällig wird, muss er vor Gericht und muss die Strafe annehmen, die der Richter ihm auferlegt. Warum diskutieren wir diesen Fall im Hinblick auf alle Migrantinnen und Migranten? – Das ist das Problem.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir beide wissen ganz genau, dass diese Unterschriftenaktion gegen die doppelte Staatsbürgerschaft war. Bei den Menschen, die Stoiber und Koch damals erreichen wollten, ist das so angekommen, als würde man gegen Ausländer unterschreiben.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Unruhe bei der CSU – Martin Neumeyer (CSU): Das stimmt doch nicht! – Glocke der Präsidentin)

Ich rede jetzt nicht von eigenen Gefühlen. Ich rede von Fakten. Menschen sind im Nürnberger Rathaus aufgetaucht und haben gefragt, wo sie gegen Ausländer unterschreiben können. – Diese Debatten bringen uns nicht weiter, lieber Martin Neumeyer.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Dr. Florian Herrmann (CSU): Da können doch wir nichts dafür!)

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Herzlichen Dank. – Nächste Rednerin ist Frau Staatsministerin Müller.

**Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht um Menschen, die bei uns bleiben werden. Es geht um Menschen, die aus einer anderen Kultur kommen. Es geht um Kinder und

Jugendliche, die sich in der nächsten Zeit bei uns integrieren werden. Dafür müssen wir jetzt die Voraussetzungen festlegen. Vorgestern hat die Staatsregierung einen Gesetzentwurf für ein Bayerisches Integrationsgesetz verabschiedet. Das Gesetz umfasst beide Seiten der Integration: Fördern und Fordern.

Herr Taşdelen, Sie wissen, wir haben mit allen Fraktionen ein Gespräch geführt, und wenn Sie mich fragen, ein sehr gutes Gespräch. Wir haben mit dem Integrationsrat gesprochen. Wir haben soweit möglich, die Anregungen in den Gesetzentwurf eingebracht. Wir sind uns einig. Das möchte ich auch der Frau Kamm sagen. Die Ministerien stimmen sich permanent und täglich ab.

Aber wir sind uns nach wie vor mit allen Fraktionen einig, dass die Solidarität mit den Schwächeren und den Hilfsbedürftigen eine Gemeinschaftsaufgabe ist. Es ist eine Verpflichtung eines jeden Einzelnen und einer jeden Einzelnen, Verantwortung für sich und die Seinen und die Ihren zu übernehmen. Gelingende Integration setzt aber auch voraus, dass wir nicht nur fördern, sondern auch fordern.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Fördern tun Sie gar nicht!)

Die Asylbewerber kommen aus einem völlig anderen Kulturkreis.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Ach?)

Sie kommen aus einem Kulturkreis, der eine andere Tradition hat, der ein anderes Brauchtum hat, der andere Werte hat, der eine andere Sprache hat und der andere Religionen mit sich bringt.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Tatsächlich?)

Der Gesetzentwurf der Staatsregierung fordert daher von den Migrantinnen und Migranten ausdrücklich die Achtung der Rechts- und Werteordnung, aber natürlich auch unserer Leitkultur. Deswegen haben wir die Leitkultur auch in einer Präambel erfasst. Der Gesetzentwurf der SPD bleibt dagegen auf dem halben Weg stehen. Er regelt um-

fassend das Fördern und vernachlässigt das Fordern. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Geschehnisse der Sylvesternacht in Köln haben deutlich gemacht, wie wichtig ein gemeinsames Werteverständnis, die Vermittlung sowie die Einforderung unserer Werte sind.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Richtig!)

Die Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie das staatliche Gewaltmonopol gelten in ganz Deutschland für alle Menschen gleichermaßen. Jeder muss sich daran halten und diese Vorgaben auch akzeptieren.

(Beifall bei der CSU)

Mittlerweile spricht auch die Bundes-SPD deutlich vom Fordern.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Wer bestreitet das?)

Bundesministerin Nahles hat am 1. Februar ihre Planungen für ein Bundesintegrationsgesetz unter anderem wie folgt umrissen: Anerkennung und Achtung unserer Werte und Regelungen sowie des Grundgesetzes, Leistungskürzungen für diejenigen, die sich der Integration verweigern. Im Gesetzentwurf der SPD ist neben dem vernachlässigten Fordern überdies das Fördern nicht überzeugend. Ich möchte hierfür einige Beispiele nennen: Der Personenkreis soll ausgedehnt werden. Integration soll weitgehend unabhängig vom Aufenthaltsrecht erfolgen. Damit sollen nach den Vorstellungen der SPD auch abgelehnte und vollziehbar ausreisepflichtige Asylbewerber integriert werden. Für mich als Sozialministerin ist das ein Pull-Effekt, den wir bei den derzeitigen Zugangszahlen nicht verantworten können.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, Integration ist mehr als Antidiskriminierung. Der Schutz der Bevölkerung mit Migrationshintergrund vor Diskriminierung taucht in Ihrer Vorlage ein halbes Dutzend Mal auf, unter anderem als oberster Grundsatz, als Ziel, als allgemei-

ner Grundsatz und als Fördergrundsatz. Dabei darf allerdings nicht übersehen werden, dass der Schutz vor Diskriminierung bereits hinreichend aus höherrangigem Recht folgt, nämlich aus dem europäischen Recht, dem Grundgesetz sowie dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz als Bundesgesetz. Antidiskriminierung ist notwendig, aber keineswegs ausreichend für eine erfolgreiche Integration. Integration auf Antidiskriminierung zu beschränken, ist ein defizitärer Ansatz. Ihr oberster Grundsatz greift in diesem Falle viel zu kurz.

(Beifall bei der CSU)

Weiterhin sieht der Gesetzentwurf der SPD neue aufwendige Strukturen vor.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Ach was!)

Sie sehen einen hauptamtlichen Landesbeauftragten für Integration und Migration vor, der nicht Mitglied des Landtags sein darf. Ähnlich dem Datenschutzbeauftragten soll er bei den öffentlichen Stellen die Einhaltung des Gesetzes kontrollieren. Diese Strukturen durchbrechen natürlich die verfassungsrechtliche Trennung von Legislative und Exekutive. Wir sollten deshalb an den bewährten Strukturen festhalten. Ich finde, dass unser Integrationsbeauftragter Martin Neumeyer eine hervorragende Arbeit leistet.

(Beifall bei der CSU)

Lieber Herr Taşdelen, Sie arbeiten mit Martin Neumeyer eng zusammen und haben vorhin seine Arbeit gelobt. Das freut mich natürlich ganz besonders. Gleiches gilt für den Bayerischen Integrationsrat, der durch den Landesbeirat für Migration und Integration ersetzt werden soll. Die vorgesehene Einführung einer jährlichen wissenschaftlichen Begleitung und Auswertung des Gesetzes wäre teure Integrationsbürokratie. Diese würde verstärkt durch die Beiräte für Migration und Integration, die in Gemeinden, Landkreisen und Bezirken eingerichtet werden sollen.

Schließlich sieht Ihr Gesetzentwurf eine Ausweitung des Wahlrechts vor. Sie wollen festlegen, dass alle Unionsbürger, also auch solche ohne deutsche Staatsbürger-

schaft, als Erster Bürgermeister oder Landrat wählbar sind. Dabei lassen Sie allerdings außer Acht, dass bayerische Bürgermeister und Landräte nicht nur kommunale Aufgaben wahrnehmen, sondern auch für den Vollzug staatlicher Aufgaben zuständig sind. Diese Ämter sollten daher nur von Personen ausgeübt werden, die aufgrund ihrer Staatsangehörigkeit mit dem jeweiligen Staat besonders verbunden sind. Das versteht sich.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, aus den genannten Gründen können wir Ihren Gesetzentwurf, den Gesetzentwurf der SPD, nicht mittragen und empfehlen, ihn abzulehnen.

(Beifall bei der CSU)

Damit Integration gelingen kann, brauchen wir ein ausgewogenes Konzept, das sowohl das Fördern als auch das Fordern beinhaltet.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Das ist das CSU-Konzept! Das ist total ausgewogen! Im Schwimmbad entscheidet sich die Integration!)

Daher wird die Staatsregierung in Kürze den Gesetzentwurf für ein Bayerisches Integrationsgesetz in den Landtag einbringen. Wir wollen damit die Balance zwischen dem Fördern und dem Fordern halten. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich würde mich sehr freuen, wenn wir dieses Gesetz der Staatsregierung in der nächsten Zeit im Konsens verabschieden könnten. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit. Ich kann ganz einfach Ihrem Konzept nicht zustimmen.

(Beifall bei der CSU)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Vielen Dank, Frau Staatsministerin. – Wir haben eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Dr. Fahn. Bitte schön.

**Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER):** (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Staatsministerin, Sie haben vorhin gesagt, das Gespräch mit den Fraktionsvorsitzen-

den in der Staatskanzlei sei sehr gut und sehr konstruktiv gewesen. Frage an Sie: Warum führen Sie dieses Gespräch nicht fort? Das hatten Sie doch angeboten, und es wäre auch möglich. Sie haben jetzt einen eigenen Gesetzentwurf präsentiert, ohne die anderen Fraktionen weiter einzubinden.

(Thomas Kreuzer (CSU): Sie aber auch!)

Warum machen Sie das so und nicht anders? Sie betrachten doch dieses Thema als gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Eine zweite Frage: Sie sprechen von einem verbesserten Integrationsrat. Im bisherigen Integrationsrat sind auch Vertreter politischer Parteien aus den Fraktionen dabei. Wird das im neuen Integrationsrat nach Ihrem Gesetzentwurf auch der Fall sein, oder haben Sie die Parteien da herausgelassen? Ich habe sie bisher nicht gefunden.

**Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium):** Zur letzten Frage: Der Integrationsrat ist jetzt aus den unterschiedlichsten Gruppierungen gut zusammengesetzt. Das soll auch in der Zukunft so bleiben. – Zur zweiten Frage: Wir sind offen für den Dialog. Wir haben ihn auch für den Gesetzgebungsprozess angeboten. Dazu stehen wir.

(Beifall bei der CSU)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Danke schön. – Wir haben noch einmal eine Wortmeldung von Frau Kollegin Kamm. Sie darf ihre Restzeit natürlich ausnutzen. Bitte, Frau Kamm.

**Christine Kamm (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Ministerin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Ministerin, ich bitte Sie, nicht immer nur das Märchen vom Pull-Effekt zu erzählen, sondern aktiv dafür einzutreten, die Not der Menschen zu lindern. Dafür müssen Sie mehr tun. Sie sollten nicht mehr so tun, als kämen die Menschen, weil es hier für sie angeblich so viele Leistungen gibt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben behauptet, der Integrationsaufwand durch diesen SPD-Gesetzentwurf wäre zu hoch. Wir können Ihnen Stellen zeigen, bei denen der Bürokratieaufwand für die Migrantinnen und Migranten, die Integrationsleistungen brauchen, reduziert werden kann. Hier gäbe es viel zu tun.

Am allerwichtigsten ist mir: Sie haben gesagt, dieses Integrationsgesetz, das Sie vorgelegen wollen, enthielte eine Balance zwischen Fordern und Fördern. Um diesem Anspruch zu genügen, müsste der Entwurf, der dem Kabinett vorgelegt worden ist, entschieden überarbeitet werden. Wir erwarten, dass ein anderer Entwurf vorgelegt wird, mit dem dieser Anspruch aufrechterhalten wird. In diesem Gesetzentwurf werden Sonderregelungen und Sonderpflichten für Ausländerinnen und Ausländer definiert. Wir sagen: Unsere Werte und Gesetze gelten für alle Menschen, die hier in Bayern leben, nicht nur für bestimmte Gruppen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Danke schön. – Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur namentlichen Abstimmung. Der Abstimmung liegt der Initiativgesetzentwurf auf Drucksache 17/5204 zugrunde. Der federführende Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen empfiehlt die Ablehnung des Gesetzentwurfs. Stehen die Urnen bereit? – Ich sehe keine.

(Zuruf)

– Nein, den nächsten Tagesordnungspunkt behandeln wir danach. – Ich eröffne die namentliche Abstimmung. Fünf Minuten!

(Namentliche Abstimmung von 12.10 bis 12.15 Uhr)

Meine Damen und Herren, ich schließe die Abstimmung. Das Ergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt.

Ein kurzer Hinweis zum Fahrplan: Wir behandeln jetzt die Gesetzentwürfe zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes – KAG. Die Mittagspause ist gegen 13.30 Uhr vorgesehen. Wenn nach der Behandlung bis zur Mittagspause noch Zeit ist, versuchen wir, über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen werden, und über die Bestätigung eines neuen Mitglieds für den Landessportbeirat abzustimmen. Nach der Mittagspause, Frau Fröhlich, geht es dann zunächst mit der Beratung von Dringlichkeitsanträgen weiter. Die Beratung der Änderung des Bayerischen Rettungsdienstgesetzes folgt später.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

(...)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Zu guter Letzt vor der Mittagspause noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Gesetzentwurf der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Franz Schindler und anderer und Fraktion (SPD) eines Bayerischen Partizipations- und Integrationsgesetzes und zur Änderung von Rechtsvorschriften zur Verbesserung der Partizipation und Integration von Menschen mit Migrationshintergrund, Drucksache 17/5204. Mit Ja haben 47, mit Nein haben 100 gestimmt, keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Gesetzentwurf abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

## Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 25.02.2016 zu Tagesordnungspunkt 3: Gesetzentwurf der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Arif Tasdelen, Franz Schindler u. a. und Fraktion SPD; eines Bayerischen Partizipations- und Integrationsgesetzes und zur Änderung von Rechtsvorschriften zur Verbesserung der Partizipation und Integration von Menschen mit Migrationshintergrund (Drucksache 17/5204)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Adelt</b> Klaus	X			<b>Gehring</b> Thomas	X		
<b>Aigner</b> Ilse		X		<b>Gerlach</b> Judith			
<b>Aiwanger</b> Hubert		X		<b>Gibis</b> Max		X	
<b>Arnold</b> Horst				<b>Glauber</b> Thorsten		X	
<b>Aures</b> Inge	X			Dr. <b>Goppel</b> Thomas		X	
				<b>Gote</b> Ulrike			
<b>Bachhuber</b> Martin		X		<b>Gottstein</b> Eva		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. <b>Bauer</b> Peter		X		<b>Güll</b> Martin	X		
<b>Bauer</b> Volker		X		<b>Güller</b> Harald			
<b>Baumgärtner</b> Jürgen		X		<b>Guttenberger</b> Petra		X	
Prof. Dr. <b>Bausback</b> Winfried		X					
<b>Bause</b> Margarete	X			<b>Haderthauer</b> Christine			
<b>Beißwenger</b> Eric		X		<b>Häusler</b> Johann		X	
Dr. <b>Bernhard</b> Otmar		X		<b>Halbleib</b> Volkmar			
<b>Biedefeld</b> Susann				<b>Hanisch</b> Joachim		X	
<b>Blume</b> Markus		X		<b>Hartmann</b> Ludwig	X		
<b>Bocklet</b> Reinhold		X		<b>Heckner</b> Ingrid			
<b>Brannekämper</b> Robert		X		<b>Heike</b> Jürgen W.		X	
<b>Brendel-Fischer</b> Gudrun		X		<b>Herold</b> Hans		X	
<b>Brückner</b> Michael				Dr. <b>Herrmann</b> Florian		X	
von <b>Brunn</b> Florian	X			<b>Herrmann</b> Joachim		X	
<b>Brunner</b> Helmut				Dr. <b>Herz</b> Leopold		X	
				<b>Hiersemann</b> Alexandra			
<b>Celina</b> Kerstin	X			<b>Hintersberger</b> Johannes			
				<b>Hofmann</b> Michael		X	
<b>Dettenhöfer</b> Petra		X		<b>Holetschek</b> Klaus		X	
<b>Dorow</b> Alex		X		Dr. <b>Hopp</b> Gerhard		X	
<b>Dünkel</b> Norbert		X		<b>Huber</b> Erwin		X	
Dr. <b>Dürr</b> Sepp				Dr. <b>Huber</b> Marcel		X	
				Dr. <b>Huber</b> Martin		X	
<b>Eck</b> Gerhard		X		<b>Huber</b> Thomas		X	
Dr. <b>Eiling-Hütig</b> Ute		X		Dr. <b>Hünnerkopf</b> Otto		X	
<b>Eisenreich</b> Georg		X		<b>Huml</b> Melanie		X	
<b>Fackler</b> Wolfgang		X		<b>Imhof</b> Hermann		X	
Dr. <b>Fahn</b> Hans Jürgen		X					
<b>Fehlner</b> Martina	X			<b>Jörg</b> Oliver		X	
<b>Felbinger</b> Günther		X					
<b>Flierl</b> Alexander		X		<b>Kamm</b> Christine	X		
Dr. <b>Förster</b> Linus				<b>Kaniber</b> Michaela		X	
<b>Freller</b> Karl		X		<b>Karl</b> Annette	X		
<b>Füracker</b> Albert		X		<b>Kirchner</b> Sandro		X	
				<b>Knoblauch</b> Günther	X		
<b>Ganserer</b> Markus				<b>König</b> Alexander		X	
Prof. Dr. <b>Gantzer</b> Peter Paul	X			<b>Kohnen</b> Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Kränzle</b> Bernd			
Dr. <b>Kränzlein</b> Herbert	X		
<b>Kraus</b> Nikolaus		X	
<b>Kreitmair</b> Anton		X	
<b>Kreuzer</b> Thomas		X	
<b>Kühn</b> Harald		X	
<b>Ländner</b> Manfred		X	
<b>Lederer</b> Otto		X	
<b>Leiner</b> Ulrich	X		
Freiherr von <b>Lerchenfeld</b> Ludwig		X	
<b>Lorenz</b> Andreas			
<b>Lotte</b> Andreas	X		
Dr. <b>Magerl</b> Christian	X		
Dr. <b>Merk</b> Beate		X	
<b>Meyer</b> Peter		X	
<b>Mistol</b> Jürgen	X		
<b>Müller</b> Emilia		X	
<b>Müller</b> Ruth	X		
<b>Mütze</b> Thomas	X		
<b>Muthmann</b> Alexander		X	
<b>Neumeyer</b> Martin		X	
<b>Nussel</b> Walter		X	
<b>Osgyan</b> Verena	X		
<b>Petersen</b> Kathi	X		
<b>Pfaffmann</b> Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. <b>Piazolo</b> Michael		X	
<b>Pohl</b> Bernhard		X	
<b>Pschierer</b> Franz Josef			
Dr. <b>Rabenstein</b> Christoph	X		
<b>Radlmeier</b> Helmut		X	
<b>Rauscher</b> Doris	X		
Dr. <b>Reichhart</b> Hans			
<b>Reiß</b> Tobias		X	
Dr. <b>Rieger</b> Franz		X	
<b>Rinderspacher</b> Markus			
<b>Ritt</b> Hans		X	
<b>Ritter</b> Florian			
<b>Roos</b> Bernhard	X		
<b>Rosenthal</b> Georg	X		
<b>Rotter</b> Eberhard		X	
<b>Rudrof</b> Heinrich		X	
<b>Rüth</b> Berthold		X	
<b>Sauter</b> Alfred		X	
<b>Scharf</b> Ulrike			
<b>Scheuenstuhl</b> Harry	X		
<b>Schindler</b> Franz	X		
<b>Schmidt</b> Gabi			
<b>Schmitt-Bussinger</b> Helga	X		
<b>Schöffel</b> Martin		X	
<b>Schorer</b> Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Schorer-Dremel</b> Tanja		X	
<b>Schreyer-Stäblein</b> Kerstin		X	
<b>Schulze</b> Katharina	X		
<b>Schuster</b> Stefan	X		
<b>Schwab</b> Thorsten		X	
Dr. <b>Schwartz</b> Harald		X	
<b>Seehofer</b> Horst			
<b>Seidenath</b> Bernhard		X	
<b>Sem</b> Reserl		X	
<b>Sengl</b> Gisela			
<b>Sibler</b> Bernd			
Dr. <b>Söder</b> Markus			
<b>Sonnenholzner</b> Kathrin	X		
Dr. <b>Spaenle</b> Ludwig			
<b>Stachowitz</b> Diana	X		
<b>Stamm</b> Barbara		X	
<b>Stamm</b> Claudia	X		
<b>Steinberger</b> Rosi	X		
<b>Steiner</b> Klaus		X	
<b>Stierstorfer</b> Sylvia		X	
<b>Stöttner</b> Klaus			
<b>Straub</b> Karl		X	
<b>Streibl</b> Florian		X	
<b>Strobl</b> Reinhold	X		
<b>Ströbel</b> Jürgen		X	
Dr. <b>Strohmayr</b> Simone			
<b>Stümpfig</b> Martin	X		
<b>Tasdelen</b> Arif	X		
<b>Taubeneder</b> Walter		X	
<b>Tomaschko</b> Peter		X	
<b>Trautner</b> Carolina		X	
<b>Untertländer</b> Joachim		X	
Dr. <b>Vetter</b> Karl			
<b>Vogel</b> Steffen		X	
<b>Waldmann</b> Ruth	X		
Prof. Dr. <b>Waschler</b> Gerhard		X	
<b>Weidenbusch</b> Ernst			
<b>Weikert</b> Angelika	X		
Dr. <b>Wengert</b> Paul	X		
<b>Werner-Muggendorfer</b> Johanna	X		
<b>Westphal</b> Manuel		X	
<b>Widmann</b> Jutta		X	
<b>Wild</b> Margit	X		
<b>Winter</b> Georg		X	
<b>Winter</b> Peter		X	
<b>Wittmann</b> Mechthilde		X	
<b>Woerlein</b> Herbert	X		
<b>Zacharias</b> Isabell	X		
<b>Zellmeier</b> Josef		X	
<b>Zierer</b> Benno			
<b>Gesamtsumme</b>	47	100	0